

Meinungen und Profile

Leserbriefe

Ausgabe vom 12. April 2019
«Gegenwind aus dem Westen»

Schleichender Übergang in eine digitale Diktatur

Nicht nur die flächendeckende Zwangsbestrahlung durch die gepulsten 5G-Mikrowellen wird zum Problem, auch die damit einhergehende Totalüberwachung der Bevölkerung wird die Menschen in einen Zustand der absoluten Unfreiheit in ungeahntem Ausmass führen, wie sie noch niemals zuvor in der Weltgeschichte existiert hat. Dieser schleichende Übergang in eine totalitäre, digitale, nicht umkehrbare Diktatur wird von der Masse nicht erkannt, weil ihr schlicht und einfach die Erfahrungswerte eines solchen Horrorzustands fehlen. Dieses sorglose Nichtwissen nützen die Drahtzieher der digitalen Versklavung rücksichtslos aus, um ihre Vision von einer neuen Welt zu vervollkommen.

Felix Grässli, Basel

Niemand steckt den Kopf freiwillig in einen Mikrowellenofen

Wie erwähnt, bedient sich 5G einer Frequenz im Mikrowellenbereich. Wie etwa der häusliche Mikrowellenofen. Es ist kaum vorstellbar, dass jemand, freiwillig, daran interessiert wäre, den eigenen Kopf in den laufenden Mikrowellenofen zu stecken. Zwar sind die Leistungswerte nicht vergleichbar, die Wirkung jedoch gleich. Wenn auch zeitlich voneinander unvergleichbar entfernt. Das Genfer Parlament verlangt von der Regierung, dass sie um die Erarbeitung von Studien bei der WHO ersuchen soll. Ob die WHO dafür die verlässlichste Adresse ist, sei dahingestellt. Es müsste eine von Spenden völlig unabhängige Organisation in Betracht gezogen werden. Gerade die WHO, und somit auch zum Beispiel die Suva in der Schweiz, hatten die erlaubten NIS-Werte für das im exponierten Umfeld arbeitende Personal um Faktor 2 bis 5 höher, gegenüber den Werten für die Allgemeinheit, gesetzt.

Jaromir Hak, Arlesheim

Ausgabe vom 10. April 2019
«Die FDP will die Regierung straffen»

Die schwarze Basler Katze und der rote Baselbieter Kater sollen heiraten

Die alte Forderung nach einer Verkleinerung der Basler Regierung ist sehr zu begrüssen und möglichst bald umzusetzen. Noch besser wäre aber, wenn sich die fette, schwarze Basler Katze mit dem roten Baselbieter Kater vermählte. Dann genügten zusammen sieben Regierungsräte. Das gäbe einen ranken und schlanken Kanton, der keine 100 Staatsverträge mehr braucht und erst noch durch Wegfall von allen Doppelspurigkeiten pro Jahr Hunderte von Millionen Franken spart. Beide Katzen würden wieder fit und könnten dem Zürcher Leu sowie dem Berner Bären die Krallen zeigen und gestärkt ihr Revier verteidigen.

Peter B. Bauer, Basel

BaZ diverse
«Ozeanium»

Auf dem Transport verenden oder stumpfsinnig im Kreis schwimmen

Beat K. Schaller ist wohl so einiges entgangen! Heute, da jeder für weit unter hundert Franken ans Meer fliegen kann, ist es ein Hohn, zu behaupten, dass sich dies nicht alle leisten könnten. Die Schönheit der Meere und die Wichtigkeit, diese zu schützen, besteht vor Ort. Nicht indem man in Kauf nimmt, dass ein Grossteil der Tiere bereits auf dem Transport verendet respektive danach stumpfsinnig im Kreis schwimmen muss. Auch ist ihm entgangen, dass es im Umkreis von 500 Kilometern (das nächste ist in Lausanne, 2,5 Stunden von Basel entfernt) bereits sechs Grossaquarien gibt, und rund 150 weitere verteilt in Europa. Hier von

Heute vor 35 Jahren



Hillary Clinton in Arkansas Hätten Sie die Dame erkannt? Ja, es ist Hillary Clinton an einem Anlass am 16. April 1984 in Little Rock im amerikanischen Bundesstaat Arkansas. Am 2. Februar 1982 war ihr Ehemann Bill Clinton zum zweiten Mal als Kandidat bei der Gouverneurswahl angetreten, die er auch gewann. Nach dieser erfolgreichen Wiederwahl blieb er bis zum 12. Dezember 1992 im Amt. 1993 wurde Clinton zum amerikanischen Präsidenten gewählt und Hillary wurde zur First Lady. Bild: Keystone

einer Win-win-Situation zu sprechen, zeugt von Ignoranz und fehlender Empathie gegenüber anderen Lebewesen, denn die Tiere haben keine Wahl. Gerade weil die Meere schon heute überfischt sind, dürfen wir ihnen keine Bewohner mehr entreissen.

Simone Frank, Basel

Es geht um das Wohl der Tiere und nicht um die Umsätze

Beat K. Schaller ist der Meinung, dass, wenn Familien mit Kindern das Ozeanium besuchen, unser Gewerbe, die Hotellerie und die Gastronomie, zusätzliche Umsätze generieren wird. Es ist davon auszugehen, dass die meisten Familien aus der Region kommen, und die Tagestouristen werden voraussichtlich nach dem Besuch mit ihren Kindern nach Hause fahren und nicht unbedingt in Basel übernachten. Bei den Grosstieren handelt es sich um wilde Meerestiere, welchen man viel Leid und Schaden zufügt, wenn sie, falls sie den Transport überhaupt überleben, eingeeignet in einem Ozeanium ihre Runden schwimmen müssen, nachdem sie in der Freiheit in ihrer natürlichen Umgebung viele Kilometer zurücklegen konnten. Es geht in erster Linie um das Wohl der Tiere und nicht um Umsätze, Herr Schaller.

Hugo Haller, Oberwil

Ausgabe vom 13. April 2019
«Fett und verwöhnt»

Ein bemerkenswertes Demokratieverständnis

Wenn die Stimmbevölkerung mit überwältigendem Mehr für Wohn- und Mieterschutz plädiert, tut sie das, weil sie dazu «erzogen» wurde? Vom «rot-grünen» Staat? Ist das die These? Obwohl die Bevölkerung mit dieser Abstimmung vielleicht auch eine Korrektur vom bisher staatlichen Kurs wollte? Aber sie entscheidet das nicht mündig? Bemerkenswertes Demokra-

teverständnis. Und wenn der Staat andere Wirtschaftssektoren fördert (wie er das bei der Logistik übrigens recht erfolgreich macht), um das Klumpenrisiko von der Pharma zu verringern, dann ist das falsch, weil er das mit Steuergeld vom Klumpenrisiko macht? Das ist für mich eine Logik, die nicht aufgeht.

Man soll und darf staatliches Handeln kritisieren und kritisch betrachten. Man muss aber auch sehen, was der FDP-Vorschlag konkret will: Im Kern geht es bei diesem Vorstoss darum, weitere staatliche Dienstleistungen und öffentliche Aufgaben zu privatisieren. Etwas, was die Bevölkerung am 10. Februar bei der Spital-AG klar abgelehnt hat. Vielleicht sollten sowohl Autor wie auch die FDP nochmals über die Bücher.

Beda Baumgartner, Basel

Freisinn versucht sein Formtief zu verbergen

Einmal mehr versucht der Basler Freisinn, seine Formkrise im Hinblick auf die Wahlen mit Angriffen auf die ihm missliebige rot-grüne Regierung zu verbergen. Er verkennet, dass es der Bevölkerung besser denn je geht, und sucht krampfhaft nach Kritikpunkten. Zwei Regierungsräte möchte er einsparen und erwähnt nicht, dass deren Aufgaben einfach durch «Chefbeamte» erfüllt werden müssten. Diese wären allerdings viel weniger demokratisch legitimiert. Auch Serkan Abrecht bläst ins gleiche Horn und beklagt ein Anwachsen der Verwaltung. Dies dürfe nur geschehen bei zunehmender Wirtschaft und Bevölkerung. Genau das ist ja bekanntlich in Basel der Fall, nicht zuletzt dank der guten Rahmenbedingungen der Verwaltung. Anzustreben ist deshalb, dass die Bevölkerung davon noch mehr profitiert und der Mieterschutz endlich im Sinne der Initiativen verwirklicht wird. Dies liegt ihr näher als

abgehobene Diskussionen über die Anzahl von Departementen.

Peter Bächle, Basel

Ausgabe vom 12. April 2019
«Ein Liberaler auf Rettungsmission»

Schön, dies zu erfahren – peinlich für die Zeitung

Peinlich berührt liest man als Basler diesen Bericht. Darin wird uns Baslern erklärt, dass es die LDP nur noch in Basel gibt. Schön, dies zu erfahren. Peinlich für die Zeitung. Vielleicht sollte der Journalist, welcher in Zürich diesen Artikel verfasste, für die Ausgabe Basel sich die Mühe machen, ihn kurz so zu modifizieren, dass man es in Basel nicht so offensichtlich bemerkt, dass er aus Zürich herkommt.

Marcus Denoth, Basel

Ausgabe vom 12. April 2019
«So lassen sich Wahlen nicht gewinnen»

Die Baselbieter FDP nimmt die Klimapolitik sehr ernst

Beim Lesen des Leitartikels zum Parteitag der Baselbieter FDP habe ich mich gefragt, ob Thomas Dähler von der gleichen FDP schreibt, wie ich sie kenne. So liest man, dass die Botschaft der Parteipräsidentin Petra Gössi in Sachen Klimapolitik nicht bis ins Baselbiet vorgedrungen sei. Das ist falsch. Die FDP Baselland zählt zu den Kantonalparteien, welche die Klimapolitik sehr ernst nimmt. Und dies nicht erst seit den Klimademonstrationen. Das hat sich vor drei Jahren gezeigt bei der Gestaltung des fortschrittlichen Baselbieter Energiegesetzes. Und das manifestiert sich aktuell bei der laufenden Vernehmlassung zum Baselbieter Energiepaket, das die Freisinnigen stärken wollen. Es ist und bleibt so: Wir zeigen unsere Haltung in der Klimapolitik nicht durch laute Manifestationen, sondern durch hartnäckige Arbeit an mehr-

heitsfähigen und nachhaltigen Lösungen. Und da ist die Debatte und die Arbeit innerhalb der Partei seit einiger Zeit in vollem Gange.

Björn Fankhauser, Sissach

Ausgabe vom 6. April 2019
«Zhaos langer Marsch»

Spielend die höchsten Schwierigkeiten gemeistert

In vielerlei Hinsicht beglückend war das Konzert des Neuen Orchesters Basel (NOB) in der Martinskirche. Was das Orchester unter seinem Chef Christian Knüsel dem begeisterten Publikum geboten hat, verdient eine herzliche Gratulation. Beifallsstürme löste das Spiel der jungen Pianistin Mélodie Zhao aus. Ihre Ausführung des G-Dur Klavierkonzerts von Ravel enthielt alles, was sich Freunde der Musik wünschen können: Virtuosität, Klarheit und Gefühl. In der abschliessenden «Symphonie fantastique» von Berlioz zeigten Instrumentalisten und Dirigent überzeugend, wie man «spielend» auch höchste Schwierigkeiten meistert. Das Konzert bleibt uns in nachhaltiger Erinnerung.

Felix Belussi, Géza Teleki, Basel

An unsere Leserinnen und Leser

Wir veröffentlichen Briefe sowie Kommentare, die uns über baz.ch, Facebook (facebook.bazonline.ch) oder Twitter (@bazonline) erreichen. Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank.
www.verlag.baz.ch/leserbrief
oder per E-Mail: **leserbrief@baz.ch**
Postadresse: Basler Zeitung, Leserbriefe, Postfach 2250, 4002 Basel